

# Für gemeinsames Industriegebiet

FDP-Kommunalpolitiker der Fuldatalgemeinden fordern von der Landesregierung die Ausweisung des Industriegebietes Morschen/Malsfeld/Melsungen.

**MORSCHEN/MALSFELD/MELSUNGEN/SPANGENBERG** ■ In einer gemeinsamen Erklärung fordern die FDP-Kommunalpolitiker Günter Schäfer (Morschen/Malsfeld), Martin Söchting (Spangenberg), Helmut Katzung (Melsungen) zusammen mit dem FDP-Kreisvorsitzenden Peter Klufmöller und dem FDP-Landtagsabgeordneten Dieter Posch die Landesregierung auf, die Streichung der geplanten Industrieflächenausweisung Melsungen/Malsfeld/Morschen rückgängig zu machen.

## Arbeitsplätze sichern

Für alle Fuldatalgemeinden sei die gemeinsame Ausweisung des Industriegebietes ein Schritt zur Sicherung von Arbeitsplätzen und auch ein Ansatz, gemeindeübergreifend eine gemeinsame Planung vorzunehmen, und damit auch einer Zersiedlung der Landschaft entgegenzuwirken. „Daß die Landesregierung aufgrund ihres Koalitionspartners die Ausweisung eines Industriegebietes bisher abgelehnt hat, trägt nicht gerade zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der nordhessischen Region bei“, betonte FDP-Kreistagsabgeordneter Peter Klufmöller zu dieser Entscheidung.

Dieter Posch kündigte an, daß im Hessischen Landtag auf sein Betreiben hin die SPD Farbe bekennen müsse, ob sie sich denn in der Frage eines gemeinsamen Industriegebietes bewegen wolle oder in babylo-

nischer Gefangenschaft des Koalitionspartners verbleibt.

## Verkehrsanbindung

Auch die Frage der Verkehrsanbindung eines gemeinsamen Industriegebietes, betonte Martin Söchting (Spangenberg), müsse dann neu diskutiert werden, um einen Querverkehr zwischen der geplanten A 44 und eines eventuellen Autobahnanschlusses Ostheim mit Belastungen für Spangenberg zu vermeiden.

Auch Helmut Katzung stellte in diesem Zusammenhang fest, daß eine weitere Belastung durch Verkehrsströme auf der Nürnberger Straße in Melsungen für ihn nicht in Frage komme und daß die Landesregierung nun gefordert sei, über eine Querspange vom Melsunger Autobahnzubringer in Richtung Morschen zu entscheiden – oder es müsse eine Entscheidung für einen Autobahnzubringer Ostheim getroffen werden. Hier, so Günter Schäfer, müsse allerdings auch in Malsfeld und den Ortsteilen auf die Belastung der Bürger Rücksicht genommen werden.

## Wahlkampfthema

Die Kommunalpolitiker der FDP haben in einer gemeinsamen Erklärung an den Hessischen Wirtschaftsminister schnellstmögliche Entscheidungen zum Industriegebiet angemahnt, wie sie in einer Presseerklärung mitteilen. Wenn die SPD sich hier nicht bewege, werde die FDP diesen Punkt auch in der Kommunalwahl Anfang 1997 in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes stellen. Die Sicherung der Arbeitsplätze und die Schaffung neuer Arbeitsplätze dürfe nicht an Einsprüchen der Grünen scheitern.

# Aufschub in ferne Zukunft

Zur jüngsten Erklärung des hessischen Wirtschaftsministers in Sachen Gewerbegebiet meldete sich der CDU-Politiker Mihm zu Wort.

**MALSFELD** ■ Als „Beerdigung erster Klasse“ für das Gewerbegebiet Ostheim hat der Malsfelder CDU-Vorsitzende und Kreisbeigeordnete Karl Mihm die Erklärung des Hessischen Wirtschaftsministers gewertet, (HNA vom 7.10.95) erst bei der nächsten Fortschreibung des Raumordnungsplanes in einigen Jahren eventuell diesen Bereich in die Regionalplanung aufzunehmen.

## Planung nach Jahr 2000

Dieses würde bedeuten, daß irgendwann nach dem Jahr 2000 überhaupt mit der Planung begonnen werden könne. Die Schaffung neuer Arbeits-

plätze, sowie eine vernünftige Verkehrsregelung würden in die ferne Zukunft verschoben, so Mihm.

## Schwerer Rückschlag

Er wertete es als einen schweren Rückschlag für das geplante gemeinsame Gewerbegebiet von Malsfeld, Melsungen und Morschen und die damit zukünftige wirtschaftliche Entwicklung für den gesamten Melsunger Raum.

## Verkehrsprobleme

Als Entschuldigung müsse nun das Argument der unzumutbaren Verkehrsprobleme in den Ortsdurchfahrten der Hochlanddörfer herhalten, obwohl ein Autobahnanschluß nach Aussage des Bundesverkehrsministeriums von 1993 möglich sei, wobei das Land Hessen aber die nötigen Zufahrtsstraßen übernehmen müsse.

Aber auch ohne Autobahnanschluß wäre das Gewerbegebiet verkehrsmäßig gut angeschlossen, so daß ein solches Argument der schlechten Anbindung nicht gelten könne, meinte Mihm.

Auch für das weitere Bestehen des Containerbahnhofs Malsfeld sei das neue Gewerbegebiet von großer Bedeutung gewesen, so Mihm, in Anspielung auf das neue Güterverkehrszentrum Kassel.

## „Nicht nachvollziehbar“

Es sei für ihn nicht nachvollziehbar, warum die Hessische Landesregierung dem einhelligen Wunsch des Schwalm-Eder-Kreises und der politischen Gremien von Melsungen, Malsfeld und Morschen nicht nachkomme, neue Gewerbeflächen zu genehmigen um im strukturschwachen Nordhessen neue Arbeitsplätze zu schaffen, erklärte Mihm.

(eg)

## GEWERBEGEBIET/AUTOBAHNANSCHLUSS

# GL und FWG sind dagegen

Gegen die Stimmen von Gemeinschaftsliste Hochland und FWG hat eine Mehrheit aus SPD und CDU im Malsfelder Gemeindeparlament die Aufnahme des Gewerbegebietes Ostheim in den Raumordnungsplan gefordert.

**MALSFELD** ■ Unterschiedlich bewertet wird in Malsfeld die Notwendigkeit eines neuen Gewerbegebietes und eines neuen Autobahnanschlusses bei Ostheim. Während sich die Freie Wählergemeinschaft und die Gemeinschaftsliste Hochland grundsätzlich gegen beide Vorhaben aussprachen, sehen SPD und CDU in beiden Projekten eine wichtige Weichenstellung für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde.

## Resolution ans Land

Sie verabschiedeten eine Resolution, in der die Landesregierung aufgefordert wird, die Einschränkungen zur Ausweisung eines gemeinsamen Gewerbegebietes von Melsungen, Malsfeld und Morschen bei Ostheim im Regionalen Raumordnungsplan für Nordhessen aufzuheben. Gleichzeitig sollten in diesem Verfahren die Verkehrsprobleme (Ortsdurchfahrten, Autobahnzubringer und Autobahnanschluß) gelöst werden.

Für die CDU hatte Klaus Rehs die Bedeutung der beiden Vorhaben für Malsfeld betont. Nur wenn die Gemeinde ausreichend Gewerbegebiet bereitstellen könne und über einen geeigneten Autobahnanschluß verfüge, könnten die Chancen durch die neue Mittellage Malsfelds nach der Wiedervereinigung genutzt werden. Ähnlich äußerte sich Karl Harbusch von der SPD. Er rief das Land zu einem vorgezogenen Abweichungsverfahren auf, um das Gewerbegebiet kurzfristig in die Raumplanung aufnehmen zu können.

## FWG: Kein Bedarf

Eine grundsätzlich andere Auffassung äußerte Manfred Eckhardt für die FWG. Seine Fraktion könne für Malsfeld

keinen Bedarf an einem Gewerbegebiet sehen. Eckhardt: „Malsfeld muß keine Industriegemeinde werden.“ Sein Fraktionskollege Helmut Mutschler sprach sich auch gegen einen Autobahnzubringer von der B 83 und gegen einen Autobahnanschluß Ostheim aus.

Rückenstärkung erhielt die FWG von GL-Sprecher Lothar Kothe. Auch die Hochland-Liste sehe keinen Bedarf für ein Gewerbegebiet, Malsfeld solle Wohngemeinde bleiben, sagte Kothe. Durch die Variante Ostheim beim BAB-Anschluß würden nur die Verkehrsprobleme Melsungens gelöst. Daher solle auch die Variante einer Umgehung Melsungens bei Obermelsungen verwirklicht werden.

Hilmar Dobslaw (CDU) kritisierte die Auffassung. Malsfeld

dürfe nicht in einen „Dornröschenschlaf“ fallen, es brauche das Gewerbegebiet und den Anschluß. Christian Zeißler (SPD) erklärte, daß Malsfeld gegen die Konkurrenz aus Thüringen mit den vielen Vergünstigungen dort für Gewerbeansiedlungen ohnehin nicht bestehen könne. Er warf die Frage auf, wie das Gewerbesteueraufkommen bei einem gemeinsamen Industriegebiet von drei Kommunen verteilt würde. Bürgermeister Kurt Stöhr verwies auf Modellrechnungen, nach denen es eine gerechte Aufteilung der Kosten und Erträge gebe.

## „Arbeitsplätze nötig“

Stöhr verteidigte sich gegen Vorwürfe der FWG, er habe sich für das Gewerbegebiet stark gemacht, ohne zuvor das Parlament dazu zu hören. Es gehöre zu den originären Aufgaben eines Bürgermeisters, Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinde zu suchen und zu prüfen. Erst wenn es an deren konkrete Umsetzung ginge, sei das Parlament gefordert, erklärte Stöhr. Für Malsfeld allein sei das anvisierte Gewerbegebiet Ostheim sicherlich „eine Nummer zu groß“. Andererseits brauche auch Malsfeld Industrieflächen, die hier gemeinsam mit Melsungen und Morschen geschaffen werden könnten. Dies sei wichtig, denn die Menschen wollten hier nicht nur leben, sondern auch arbeiten. (tom)

## Stöhr: Land steht im Wort

Dem Ausbau der Autobahn 7 von vier auf sechs Spuren Mitte der 80er Jahre habe die Gemeinde nur zugestimmt, weil das Land im Gegenzug einen Autobahnanschluß Ostheim zugesagt habe. Darauf verwies Malsfelds Bürgermeister Kurt Stöhr während der Debatte um das Gewerbegebiet Ostheim. Stöhr: „Das Land steht noch immer im Wort, diese Zusage zu erfüllen.“

In den damaligen Ver-

handlungsprotokollen sei eindeutig festgehalten, daß Malsfeld seinen Widerstand gegen einen sechspurigen Autobahnausbau nur aufgeben, wenn der neue Anschluß komme, erklärte Stöhr. Auf Anfrage des Landrats habe er dem Kreis 1987 mitgeteilt, daß Malsfeld die Anschlußstelle an der L 3224 nachdrücklich weiterverfolge, da sie unbedingt erforderlich sei.

(tom)

# Posch: Minister Klemm betreibt Hinhaltetaktik

**MELSUNGEN** ■ Hinhaltetaktik und ein Schwarzes-Peter-Spiel wirft der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Dieter Posch, dem hessischen Wirtschaftsminister Lothar Klemm im Zusammenhang mit der Realisierung des Gewerbegebietes Ostheim und dem dortigen Autobahnanschluß vor.

Einerseits, so Posch in einer Pressemitteilung, blockiere die

rot-grüne Koalition alle Versuche, nachträglich das von den Kommunen Melsungen, Malsfeld und Morschen gemeinsam gewünschte Gewerbegebiet in den Regionalen Raumordnungsplan Nordhessen aufzunehmen. Andererseits erwecke Klemm vor Ort wiederum Hoffnungen.

Darüber hinaus schiebe der Minister in unverantwortlicher Weise den kommunalen Kör-

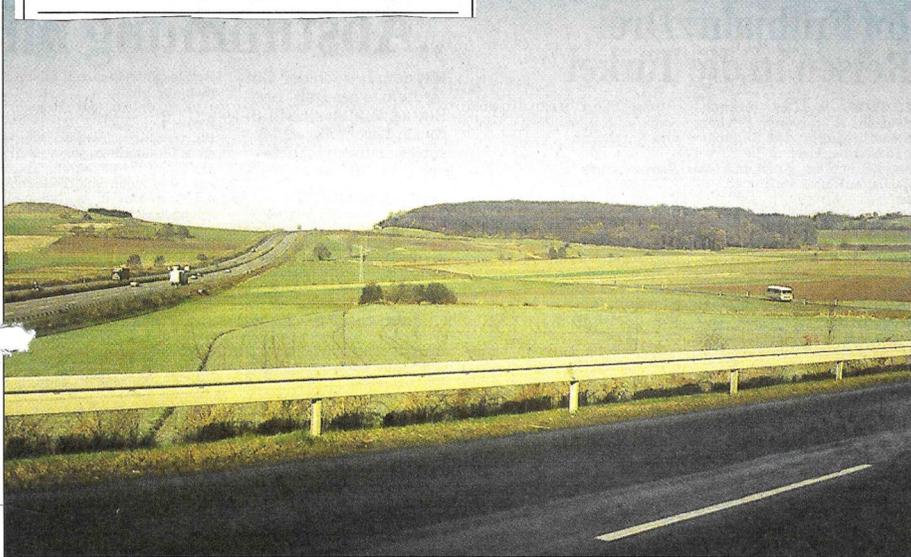
perschaften die Verantwortung zu. Die Regionale Planungsversammlung habe mit überwältigender Mehrheit beschlossen, daß das Gewerbegebiet Ostheim ausgewiesen werden solle. Auch der Autobahnanschluß sei weitgehend unstrittig.

Es sei daher, so Posch weiter, „unerträglich“, darauf hinzuweisen, daß die Region sich zunächst einmal eine Meinung bilden müsse. Geradezu aber-

witzig sei der Vorschlag, die Verantwortlichen im Kreisteil Melsungen sollten Vorschläge unterbreiten, auf welche Straßenbauvorhaben verzichtet werden könne. Hier leugne Klemm seine eigene Verantwortlichkeit. Wenn auf Planungen verzichtet werden solle, müsse Klemm als verantwortlicher Minister deutlich sagen, welche das aus seiner Sicht seien könnten. (tom)

## Bild zeigte falsche Fläche

**MELSUNGEN / OSTHEIM** ■ Das Bild war schön, doch die abgebildete Fläche zeigte leider nicht das Gebiet, auf dem das gemeinsame Gewerbegebiet von Malsfeld, Melsungen und Morschen seinen Platz finden könnte. Diese Fläche, so stellte Melsungens Bürgermeister Karl-Heinz Dietzel richtig, liegt links der Straße, die an der Autobahnbrücke bei Ostheim Richtung Dagobertshausen führt. Wir bitten, den Fehler in unserer gestrigen Ausgabe zu entschuldigen.



Rund 50 Hektar groß ist die Fläche neben der A 7 (links) bei Ostheim, die als gemeinsames Gewerbegebiet für Melsungen, Malsfeld und Morschen infrage käme. Voraussetzungen sind jedoch ein direkter Autobahnanschluss und der Verzicht benachbarter Kommunen auf bereits planungsrechtlich abgesicherte Gewerbeflächen, sagt Wirtschaftsminister Klemm. (Foto: Müller-Neumann)

### GEWERBEGBEIT OSTHEIM/KLEMM:

# Verzicht auf andere Flächen nötig

Die Anfrage heimischer Landtagsabgeordneter hat Wirtschaftsminister Klemm erneut Stellung zum Gewerbegebiet Ostheim bezogen. Dies habe nur eine Chance, wenn auf andere Gewerbegebiete verzichtet wird.

**MELSUNGEN** ■ Hessens Wirtschaftsminister hat seine Haltung bekräftigt, daß eine Realisierung des Gewerbegebietes

VON THOMAS STIER

Ostheim und die Schaffung eines neuen Autobahnanschlusses dort von einem schlüssigen Konzept abhängig ist, das von den Kommunen der Region erarbeitet werden müßte. Grundsätzlich, so Klemm in seinem Antwortschreiben an die Abgeordneten, stünden im Raum Melsungen ausreichend Zuwachsfelder für Industrie und Gewerbe zur Verfügung. Nur wenn auf Teile dieser Flächen verzichtet werde, könne bei Ostheim ein neues Gewerbegebiet ausgewiesen werden.

Klemm listet auf, daß Melsungen über 24 Hektar plus rund zwölf Hektar Reservier-

fläche, Wabern über 26 Hektar, Borken über 76 Hektar, Fritzlar über 26 Hektar und Hornberg über 18 Hektar Reservierfläche verfügen. Der Minister wörtlich: „Wenn die Region eine Abweichung zur Regionalplanung zugunsten der Aufnahme des Gewerbegebietes Malsfeld-Ostheim erreichen will, müßte sie auf derzeit regionalplanerisch abgesicherte gewerbliche Zuwachsfelder in entsprechendem Umfang verbindlich verzichten.“

### Damals kein Bedarf

Die Landesregierung habe Ostheim aus dem Regionalen Raumordnungsplan (RROP) gestrichen, weil zum damaligen Zeitpunkt kein Bedarf erkennbar gewesen sei. Nachträglich könnte das von Melsungen, Malsfeld und Morschen gemeinsam angestrebte Gewerbegebiet im Rahmen der nächsten Fortschreibung des RROP oder durch ein Abweichungsverfahren ermöglicht werden. Vorher müsse aber ein eindeutiges Konzept der Region zur Verkehrsbindung vorliegen, um die Frage des Autobahnanschlusses zu klären.

Die rund 50 Hektar umfassende mögliche Fläche des Ge-

werbegebietes liege, so Klemm, zwar direkt neben der Autobahn, habe aber keinen Anschluß. Sie sei nur über die Abfahrt Melsungen und die Ortsdurchfahrten Obermelsungen und Elfershausen beziehungsweise Malsfeld und Dagobertshausen zu erreichen. Sowohl der gewerbliche als auch der Pendlerverkehr würden erhebliche Probleme in diesen Orten schaffen. Voraussetzung für das Gewerbegebiet Ostheim sei daher entweder ein direkter Autobahnanschluss oder eine Umgehung der genannten Orte.

### 600 dagegen

Zwar würde der Anschluß Ostheim von den Kommunen eindeutig einer Teillortumgebung Melsungens vorgezogen, andererseits hätten sich aber schon 600 Bürgerinnen und Bürger Malsfelds gegen den Anschluß Ostheim ausgesprochen. Die Kommunen der Region müßten nun in Zusammenarbeit mit dem Amt für Straßen- und Verkehrswesen Kassel ein Konzept entwickeln, daß die Übernahme bestehender Bundesstraßen (B 83/b 253) durch die Kommunen und eine bessere verkehrliche Ent-

lastungswirkung des Zubringers Ostheim gegenüber der Teillortumgebung Melsungen voraussetzt, erläuterte Klemm.

Grundsätzlich, so der Minister, befürworte das Land Bestrebungen von Kommunen zur gemeinschaftlichen Entwicklung von Gewerbegebieten, weil

**Immer  
einen Schuh  
voraus!**

**KIT**

Kasseler Straße 11 · 34212 Melsungen  
Telefon 0 56 61 / 28 28

die eingesetzten Mittel dadurch sowohl ökonomisch wie auch ökologisch sinnvoller genutzt würden. Zudem seien bei einer großen Fläche die Akzeptanz und die Vermarktungschancen deutlich höher als bei mehreren kleinen. Deshalb stehe das Land der Absicht Melsungens, Malsfelds und Morschens auch prinzipiell positiv gegenüber.

### GEWERBEGBEIT MELSUNGEN

# Fünf Firmen wollen expandieren - Platz reicht nicht

Auf Anfrage der Grünen hat Bürgermeister Karl-Heinz Dietzel einen Überblick über den aktuellen Bestand an Gewerbeflächen in Melsungen gegeben. Fazit: Der gegenwärtige Bestand reicht nicht.

**MELSUNGEN** ■ Dem Melsunger Magistrat sind insgesamt fünf einheimische Betriebe bekannt, die in absehbarer Zeit expandieren oder an einen anderen Standort innerhalb der Stadt umsiedeln wollen. Sie haben Erweiterungswünsche für eine Gesamtfläche von 160 000 Quadratmeter angemeldet. Weil derzeit nur 145 000 Quadratmeter zur Verfügung stehen, können die geäußerten Wün-

sche nicht in vollem Umfang erfüllt werden.

Mit diesen Aussagen beantwortete Bürgermeister Karl-Heinz Dietzel während der Parlamentsitzung am Montag eine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen.

In den letzten Monaten, so Dietzel weiter, haben sich vier auswärtige Unternehmen in Melsungen nach Ansiedlungsmöglichkeiten erkundigt und einen Flächenbedarf von rund 48 000 Quadratmeter angemeldet. In den vergangenen zehn Jahren haben sich etwa zehn Unternehmen nach Ansiedlungsmöglichkeiten in der Stadt erkundigt, ohne daß es letztlich zu vertiefenden Gesprächen kam, berichtete Dietzel. Angaben darüber, wieviele Firmen letztlich wegen fehlender Gewerbeflächen nicht nach

Melsungen gekommen sind, seien daher nicht möglich. Im gleichen Zeitraum seien zwei Unternehmen aus Melsungen abgewandert, ob wegen fehlender Erweiterungsflächen, ist offen.

### Auenschutzgebiet

Das künftige Gewerbe- und Industriegebiet Buschberg ist laut Dietzel 30 Hektar groß, die gesamte Fläche wird zur Zeit noch landwirtschaftlich genutzt. Rund acht Hektar davon liegen im Auenschutzgebiet der Fulda und sollen darum nicht für eine Bebauung genutzt werden, sondern als Ausgleichsfläche verwendet werden. Durch eine naturnahe Umwandlung dieses Gebietes werde dem Gedanken des Landschaftsschutzgebietes weit mehr

Rechnung getragen, als es bei der derzeitigen Nutzung der Fall sei, betonte der Verwaltungschef.

In Gesprächen mit dem hessischen Wirtschaftsminister Klemm hatte die Stadt signali-

Anzeige

**BACKHAUS®Ranft**

**Alle Jahre wieder  
Butterstollen aus dem**

siert, daß auf die Nutzung des Gewerbegebietes Buschberg im Fuldatal dann verzichtet werden könnte, wenn das Gewerbegebiet Ostheim in überschaubarer Zeit, sprich in drei Jahren ausgewiesen werden könne. (tom)

# „Nein“ zum Gewerbegebiet Ostheim

Ein Gewerbegebiet in Ostheim soll es nach Ansicht der Grünen-Fraktion nicht geben. Ökonomisch und ökologisch seien die Argumente der Befürworter eines solchen Gebietes nicht stichhaltig.

**MELSUNGEN** ■ Das Thema, Gewerbegebiet Ostheim stand im Mittelpunkt einer öffentlichen Stadtverordneten-Fraktionssitzung von Bündnis 90/Die Grünen.

Fazit der Diskussion: Die Grünen bleiben bei ihrem entschiedenen Nein, sie lehnen ein zusätzliches Gewerbegebiet ab.

Argumente dagegen wurden in einem Positionspapier genannt: Verglichen mit anderen Gewerbegebieten in Homberg und Melsungen sei die Verkehrsanbindung denkbar schlecht. Bahnhöfe, Straßenverbindungen und andere Ge-

werbegebiete seien nur durch mehrere Ortsdurchfahrten zu erreichen. Diese würden dann durch den Schwerverkehr zusätzlich belastet. Für dort beschäftigte Pendler sei der öffentliche Nahverkehr zur Zeit völlig unzureichend. Außerdem gebe es in der näheren Region ein sehr großes Überangebot an Gewerbeflächen. Es mache daher nach Ansicht der Grünen wenig Sinn, dieses Überangebot durch ein zusätzliches Gebiet weiter zu erhöhen.

## Überangebot

Das Überangebot werde zwangsläufig den Preis drücken. Das bedeute ein hohes finanzielles Risiko für alle beteiligten Gemeinden. Es bestehe eine hohe Wahrscheinlichkeit, daß die meisten Investitionen im Gewerbegebiet Ostheim „in den Sand gesetzt“ würden.

Auf die Diskussion, statt in Ostheim in Melsungen Am Buschberg einen neues Gewer-

begebiet auszuweisen, wollte man sich zunächst nicht einlassen. Man wolle vielmehr ein kreisweites Konzept in Sachen Gewerbegebiet erarbeiten und dann Position beziehen.

## „Weißer Fleck“

Der verkehrspolitische Mitarbeiter der Grünen-Landtagsfraktion in Wiesbaden, Carsten Kamphausen, erklärte in der Sitzung, die Landes-Grünen würden sich gegen Versuche auch innerhalb der Koalition, das Gewerbegebiet in Ostheim doch noch durchzusetzen, entschieden zur Wehr setzen. Mit den Grünen laufe in dieser Richtung nichts, versicherte Kamphausen.

Er mahnte seine Parteifreunde, wachsam zu sein: Da das besagte Gewerbegebiet im Regionalen Raumordnungsplan (RROPN) lediglich als „von der Feststellung ausgenommen“ deklariert sei, könnten manche auf den Gedanken kommen,

den „weißen Fleck“ so zu interpretieren, daß nun untergeordnete Planungsbehörden über die Änderung des Flächennutzungsplanes die Ausweisung als Gewerbegebiet erreichen könnten. Ein eigentlich notwendiges Abweichungsverfahren zum RROPN könnte so unter Umständen unterlaufen werden. Er halte solche Interpretationen des RROPN für nicht zulässig, aber er verwies auf die Stadt Dillenburg, wo zur Zeit ähnliche Versuche gestartet worden seien.

## Autobahnzubringer

Die Grünen lehnten in der Sitzung auch den Autobahnzubringer Ostheim ebenso wie die Alternative Teilortsumgehung Melsungen ab. Eine Verringerung des Verkehrsaufkommens auf dem bisherigen Zubringer sei nicht zu erwarten. Beide Varianten seien auch wegen des massiven Eingriffs in die Natur abzulehnen. (slo)

# Entwicklungsziele gemeinsam verfolgen

**KREISTEIL MELSUNGEN** ■ Bürgermeister und Vertreter der Städte und Gemeinden Melsungen, Malsfeld, Spangenberg, Körle, Morschen und Felsberg haben in einem Gespräch mit Landrat Jürgen Hasheider ihre gemeinsamen Entwicklungsziele für die Region abgesteckt. Dabei ging es um Gewerbe, Verkehr, Siedlung und Wohnen, Ver- und Entsorgung, Land- und Forstwirtschaft, Natur-, Umwelt- und Hochwasserschutz sowie Tourismus und Naherholung, teilt Hasheider mit. Das Ergebnis des Abstimmungsgesprächs nannte der Landrat einen bedeutsamen und richtigen Schritt in die Zukunft.

## Gewerbegebiet

Kernpunkt des angestrebten Entwicklungskonzeptes werde die gemeinsame Planung, Erschließung und Vermarktung des Gewerbegebietes Malsfeld-Ostheim sein, heißt es weiter. Dieses Gewerbegebiet, angebunden an die B 83 und mit einem neuen Anschluß an die Autobahn 7, werde „das mittlere Fuldataal strukturpolitisch aufwerten und wichtige und notwendige Entwicklungsimpulse auslösen“, davon seien Landrat und die Bürgermeister überzeugt.

Zum bestehenden Regionalen Raumordnungsplan solle ein Planergänzungsverfahren laufen, das zunächst den Autobahnzubringer von der B 83 zur

A 7 mit einem Autobahnanschluß berücksichtigt. Dies sei ein wesentlicher Bestandteil im großräumigen Bundesverkehrsnetz. Die regionalplanerischen Voraussetzungen für ein Gewerbegebiet sollen bis Ende 1996 geschaffen sein.

Landrat Hasheider fordert die Landesregierung auf, das mittlere Fuldataal bei der Neufestlegung der Förderrichtlinien, die derzeit anstehe, zu berücksichtigen. Es geht dabei um die sogenannte „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, kurz GA-Förderung genannt, ein Bundesländer-Programm. Eine Einigkeit, wie sie die Landesregierung fordere, sei im mittleren Fuldataal vorhanden. Die Landesregierung stehe nunmehr „im Wort“, was die Unterstützung der Entwicklungsziele anbelangt.

Hasheider sprach von einem Ost-West-Fördergefälle, das er wettbewerbsverzerrend nannte und das schleunigst beseitigt werden müsse. Das strukturschwache ehemalige Zonenrandgebiet müßten bei der GA-Förderung wieder mit einbezogen werden. Gelänge dies, so der Landrat weiter, könne das die Strukturförderung im Fuldataal erheblich beschleunigen. Ein Gewerbegebiet Malsfeld-Ostheim würde eine nochmalige Aufwertung erfahren.

# FDP: Gespaltenes Bewußtsein bei FWG

**MELSUNGEN** ■ Ein „gespaltenes Bewußtsein“ hat FDP-Kreisvorsitzender und Kreistagsabgeordneter Peter Klufmöller der FWG vorgeworfen. Einerseits, so Klufmöller in einer Pressemitteilung, verneine das FWG-Kreisausschuß-Mitglied Helmut Mutschler (Malsfeld) die Notwendigkeit eines gemeinsamen Industriegebietes für Melsungen, Malsfeld und Morschen bei Ostheim. Andererseits stimme die FWG-Kreistagsfraktion zu, das Gewerbegebiet abschließend in den Ausschüssen beraten zu lassen. Wenn die FWG Bedenken gegen das Gewerbegebiet habe, hätte sie diese im Kreistag vorbringen und gegen diesen Plan stimmen sollen.

Klufmöller bekräftigte die zustimmende Haltung der FDP zu dem Gewerbegebiet, das einer weiteren Zersiedlung des

Fuldatals vorbeugen könne. Auch gegen den Rückbau von Straßen beim Bau eines Autobahnanschlusses Ostheim habe es keinen Widerspruch der FWG gegeben.

Daß die Gewerbefläche und ein Autobahnanschluß Ostheim sinnvoll seien, werde auch in den Äußerungen von Malsfelds Bürgermeister Kurt Stöhr deutlich, der auf den Flächenbedarf zahlreicher Unternehmen auch aus dem Malsfelder Raum hingewiesen habe. Allein die Wildsberg-Quelle mit ihrem Lkw-Fernverkehr, aber auch Betriebe wie Blumen-Hain bräuchten günstige Verkehrsverbindungen.

Mutschler, so Klufmöller, spreche wohl in dieser Angelegenheit nicht für die Kreis-FWG. Man müsse sich fragen, welche Interessen er hier persönlich habe.

(tom)

GEMEINDEVERTRETUNG MALSFELD 29.6.96

# Heftige Diskussion um Gewerbegebiet

Für eine Beteiligung der Gemeinde am geplanten Gewerbegebiet Ostheim haben sich die Malsfelder Gemeindevertreter mit den Stimmen der SPD ausgesprochen.

**MALSFELD** ■ Für kontroverse Diskussion sorgte bei der Sitzung der Malsfelder Gemeindevertreter am Donnerstagabend der Tagesordnungspunkt 9: Die Parlamentarier hatten einen Grundsatzbeschluss darüber zu fassen, ob sich die Gemeinde Malsfeld am „gemeinsamen Gewerbegebiet im Rahmen des Konzeptes „Kommunales Entwicklungskonzept mittleres Fuldatal“ beteiligen solle. Die zuständigen Ausschüsse hatten vorab mehrheitlich eine Beteiligung empfohlen.

Manfred Eckhardt (FWG) fragte als erster Redner „Braucht Malsfeld ein Gewerbegebiet?“ und kam zu dem Schluss, daß dem nicht so sei. Die Vorteile eines gemeinsamen Gewerbegebietes mit anderen Gemeinden in Ostheim und, damit verbunden, der Bau eines Autobahnzubringers, bringe Malsfeld mehr Nach- als Vorteile. Während die Vorteile – wie neue Arbeitsplätze oder mehr Gewerbesteuer – höchst fraglich seien, gebe es viele Nachteile, etwa mehr Verkehr, eine größere Belastung der Gemeinde durch eine Vergrößerung des Straßennetzes und den Verlust der Lebensqualität. „Es werden nur die Verkehrsprobleme von Melsungen gelöst“, so Eckhardt.

Er brachte für die FWG drei Anträge ein, in denen seine Fraktion forderte, daß die Be-

schlußfassung vertagt, den Gemeindevertretern mehr Informationen zugestellt und eine Bürgerversammlung zum Thema abgehalten werden sollte.

## „Viele Fragezeichen“

Lothar Kothe schloß sich für die Gemeinschaftsliste Hochland-Fuldatal (GL) der FWG-Meinung an. Es gebe, sagte er, im Bezug auf dieses Projekt „noch zu viele Fragezeichen“.

Wesentlich heftiger fiel die Kritik der CDU-Fraktion am geplanten Gewerbegebiet aus. „Es ist so, als wenn man jemandem eine Kuckucksuhr verkauft und einen Sack Vogelfutter daneben stellt“, charakterisierte Klaus Rehs das geplante Konzept aus Sicht der CDU.

Der Begriff „kommunales Entwicklungskonzept“ sei die „verbale Hülle einer Mogelpackung“. Es gehe in Wirklichkeit gar nicht um ein Gewerbegebiet, es gehe um die Neuordnung der Verkehrswege. Seine Partei habe in der Bevölkerung eine „knappe Ablehnung“ des Projektes festgestellt. Gewerbegebiet und Autobahnzubringer würden die Lebensqualität der betroffenen Orte stark beeinträchtigen. Malsfeld habe ausreichend industrielle Flächen und hohe Gewerbesteuer-einnahmen, hier sei eine „ordentliche Bestandspflege“ wichtig. Alternativen zu dem Konzept seien wenig oder gar nicht geprüft worden.

Für die Mehrheitsfraktion, die SPD, versuchte Helmut Weber die Schärfe aus der Diskussion zu nehmen – hatte damit aber so wenig Erfolg, daß der Vorsitzende Herbert Vaupel die Abgeordneten wiederholt zur Ordnung rufen mußte. „Wir

entscheiden doch nicht über ein Gewerbegebiet Ostheim“, sagte Weber. Es gelte zunächst, sich positiv zu einem Konzept „Unteres Fuldatal“ zu stellen. Dieses Konzept müsse dann erst noch ausgearbeitet werden.

Weber führte an, daß immer mehr Malsfelder weite Wege in Kauf nehmen müßten, um berufstätig sein zu können. Dem gelte es durch Planung gegenzusteuern: „Wir müssen die Arbeit zu den Menschen bringen, nicht umgekehrt“. In der Fuldaue sei eine weitere Industrieansiedlung weder möglich noch (ökologisch) sinnvoll. Dagegen seien die Voraussetzungen in Ostheim sehr gut, betonte Weber und nannte die Verkehrsanbindung über den Containerbahnhof und die A 7. Ein Autobahnanschluß werde die kleineren Orte vom Verkehr entlasten, dadurch werde die Wohnqualität verbessert. Zudem würden durch ein Gewerbegebiet Arbeitsplätze geschaffen.

## Arbeit und Verkehr

Diese beiden Aspekte – Verkehrsentlastung und die Schaffung von Arbeit – stellte auch Bürgermeister Stöhr in seinem Plädoyer für die Beteiligung am Gewerbegebiet in den Vordergrund. „Wir können auch die Hände in den Schoß legen und den Dornröschenschlaf wieder aufnehmen, aber dann verschlafen wir die Zukunft unserer Gemeinde“, so Stöhr. Der Tourismus biete Malsfeld keine Perspektive, nachdem Nordhessen durch den Thüringer Wald Konkurrenz bekommen habe.

„Wir wollen kein Industriestandort sein, aber wir wollen

unseren Kindern die Chance geben, hier wohnen und arbeiten zu können.“ Zudem ließe sich mit dem Gewerbegebiet und dem Autobahnanschluß die „Lösung unserer Verkehrsprobleme“ beschleunigen. „Wenn wir uns jetzt nicht beeilen, haben wir die Gunst der Stunde verschlafen“, schloß Stöhr und wurde dafür mit viel Applaus seiner Fraktionskollegen der SPD bedacht.

## „Löst keine Probleme“

Die Abgeordneten der Opposition führten weitere Gegenargumente an. Dr. Johannes Heyn (GL) bemerkte, es sei unsinnig, mit einem Gewerbegebiet die Verkehrsprobleme lösen zu wollen. „Wen wollen Sie locken mit einem Gewerbegebiet ohne Autobahnanschluß?“ fragte er und verwies auf den langen Zeitraum, den Planung und Bau eines Autobahnanschlusses in Anspruch nehmen würden. Ohne Autobahnanschluß blieben Investoren entweder aus oder würden die Verkehrsprobleme in den Ortschaften rund um Malsfeld verschärfen. Mit ähnlichen Argumenten hatte Helmut Mutschler (FWG) zuvor davor gewarnt, daß in Ostheim keine „Investitionsruine“ entstehen können, ähnlich den ungenutzten Gewerbegebieten in den östlichen Bundesländern.

Bei der SPD-Mehrheit in der Gemeindevertretung verfinden die Argumente der Opposition nicht. Mit jeweils zwölf SPD- zu zehn Oppositions-Stimmen wurden die Anträge der FWG abgelehnt, der Grundsatzbeschluss einer Beteiligung am Gewerbegebiet Ostheim aber befürwortet. (usk)

# Bürgerbegehren beginnt heute

Die Malsfelder Opposition probt den Aufstand: Der von der SPD-Mehrheit im Parlament gefaßte Beschluß für ein Gewerbegebiet Ostheim samt Autobahnzubringer soll per Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gekippt werden.

**MALSFELD** ■ Zu einem „Bündnis auf Zeit“ haben sich die drei Oppositionsparteien CDU, FWG und Gemeinschaftsliste

VON THOMAS STIER

Hochland Fuldata im Malsfelder Gemeindeparlament zusammengeschlossen. Ihr Ziel: Der von der SPD-Mehrheit im Parlament gefaßte Beschluß, sich an einem gemeinsamen Gewerbegebiet bei Ostheim zu beteiligen, soll gekippt werden.

Erreichen wollen das die drei Fraktionen über einen Bürgerentscheid. Um den durchsetzen zu können, muß zunächst ein Bürgerbegehren organisiert werden (siehe Erläuterungskasten). Mit dem Sammeln der dafür erforderlichen Unterschriften wollen die Fraktionen schon heute beginnen.

## Meinungsbild

Mit Bürgerbegehren und Bürgerentscheid wolle man das tatsächliche Meinungsbild in der Malsfelder Bevölkerung zu dem Komplex „Gewerbegebiet - Autobahnanschluß Ostheim - Autobahnzubringer B 83 zur Autobahn“ zuverlässig erkunden und den gegenwärtigen Zustand bloßer Vermutung der Mehrheitsmeinung überwinden, erklärten Dr. Johannes Heyn (GL), Helmut Mutschler (FWG) und Klaus Rehs (CDU) geenüber der HNA. Selbstverständlich werde man das Ergebnis der Bürgerentscheidung dann auch mittragen.

Zweifel daran, die erforderlichen Stimmen für das Bürgerbegehren zu bekommen, haben die drei Kommunalpolitiker nicht. Allein in Malsfeld, er-

innern sie, hätten sich 1992 über 600 Menschen bei einer Unterschriftenaktion des Ortsbeirates gegen den Bau eines Autobahnzubringers über das Gemeindegebiet ausgesprochen. Für das Bürgerbegehren sind zehn Prozent der Wahlberechtigten der jüngsten Kommunalwahl erforderlich. Dies waren 3186 Männer und Frauen, es reichen also 319 Stimmen für ein erfolgreiches Bürgerbegehren.

Dabei, so ihre Vermutung, reicht die Front der Gegner bis in die Reihen der SPD. „Die Abstimmung im Parlament

Obwohl sich die Hauptstoßrichtung der drei Fraktionen gegen den Autobahnzubringer wendet, darf der aus formalrechtlichen Gründen weder beim Bürgerbegehren noch beim späteren Bürgerentscheid auftauchen, weil er auch nicht Gegenstand des Parlamentsbeschlusses war. Dieser sei zuvor nicht ausreichend diskutiert worden, meinte Mutschler. „Hier sollte ein Freibrief für ein späteres Verhalten erteilt werden. Das machen wir nicht mit.“

Der Beschluß des Parlaments lautete: „Die Gemeindevertre-

nen richtet sich in erster Linie gegen den über fünf Kilometer langen Autobahnzubringer vom Gut Fahre zum möglichen Autobahnanschluß Ostheim. Die Trasse führe zu nah an der Wohnbebauung vorbei und verursache für die Malsfelder eine massive Belastung, meinte Mutschler. Er erinnerte an das neue Wohngebiet „Auf dem Loh“ in der Kerngemeinde, das kaum 100 Meter von der Trasse entfernt sei. Auch Elfershausen und Dagobertshausen seien durch den Lärm von Tausenden von Fahrzeugen auf dem Zubringer erheblich in ihrer



Dr. Johannes Heyn, Gemein-schaftsliste Hochland Fuldata



Helmut Mutschler, Freie Wählergemein-schaft Malsfeld



Klaus Rehs, CDU Malsfeld

spiegelt nicht das wahre Meinungsbild der SPD wider. Einige haben nur dem Fraktionszwang gehorcht“, mutmaßte Rehs.

Die hessische Gemeindeordnung legt fest, daß die erforderliche Unterschriftenzahl für ein Bürgerbegehren sechs Wochen nach der Parlamentsentscheidung vorliegen muß. Entschieden hat die Gemeindevertretung am 27. Juni, letzter Termin wäre also der 8. August. „Das schaffen wir leicht“, gab sich Heyn zuversichtlich.

tung beschließt, sich an einem gemeinsamen Gewerbegebiet in der Gemarkung Ostheim im Rahmen des Konzeptes „Kommunales Entwicklungskonzept mittleres Fuldata“ mit den angrenzenden Städten und Gemeinden zu beteiligen.“ Den Bürgerinnen und Bürgern werden die drei Oppositionsparteien ab heute folgende Aussage zur Unterschrift vorlegen: „Ich bin gegen diesen Beschluß und fordere einen Bürgerentscheid.“

Die Kritik der drei Fraktio-

Wohn- und Lebensqualität betroffen.

Kritisch setzten sich die drei Männer mit der Umweltverträglichkeitsstudie auseinander, nach der die Variante Ostheim weniger Umweltschäden verursache als eine Teilumgehung Melsunges bei Obermelsungen. „Diese Studie hat bis heute kein Parlamentarier gesehen, wir können die darin getroffenen Aussagen nicht überprüfen“, bemängelte Mutschler.

Man sei nicht grundsätzlich gegen ein gemeinsames Gewerbegebiet, erläuterte der FWG-Sprecher weiter. Mit dem Konzept seien aber so viele Funktionen verknüpft, daß es einfach nicht klappen könnte. Mutschler: „Das wäre eine eierlegende Wollmichsau, die auf einen Schlag alle Probleme der Region lösen soll.“

Für Malsfeld sei es nicht hinnehmbar, daß die Nachbarstadt Melsungen ihre Verkehrsprobleme ausschließlich zu Lasten der Malsfelder Bevölkerung lösen wolle. Der Bürgerentscheid soll Klarheit darüber schaffen, ob sie diese Last tragen will.

## Unterschriften an Info-Stand

Die Unterschriftensammlung für das Bürgerbegehren gegen den Autobahnzubringer beginnt heute um 15.30 Uhr in Malsfeld. In der Industriestraße nahe dem Großmarkt bauen CDU, FWG und GL einen Informationsstand auf, an dem sich Bürgerinnen und Bürger in die ausgelegten Listen eintragen können. Die Aktion wird am Samstag von 9 bis 12 Uhr an gleicher

Stelle fortgesetzt.

Später sollen die Listen auch in allen Ortsteilen ausliegen. Ansprechpartner sind dabei die Vertreter der drei Parteien, die das Bürgerbegehren tragen. Bis zum 8. August müssen 319 Stimmen zusammenkommen, um das Begehren für einen Bürgerentscheid erfolgreich auf den Weg zu bringen.

(tom)

# Wie funktionieren Bürgerbegehren und der Bürgerentscheid? 12.7.96

Mit dem Bürgerbegehren und dem darauf folgenden Bürgerentscheid beinhaltet die Hessische Gemeindeordnung zwei noch junge Instrumente, mit denen die Bürger einer Kommune direkten Einfluß auf wichtige Entscheidungen der Gemeinde nehmen können. Das jetzt von der Malsfelder Opposition eingeleitete Bürgerbegehren hat das Ziel, einen Bürgerentscheid herbeizuführen und damit den Beschluß des Gemeindeparlamentes für ein Gewerbegebiet Ostheim aufzuheben.

Damit das Bürgerbegehren erfolgreich ist, muß es von zehn Prozent der 3186 Wahlberechtigten Malsfeld getragen werden, mithin von 319 Männern und Frauen. Kommt diese Zahl an Unterschriften zusammen, werden die drei Fraktionen im Parlament einen Bürgerentscheid beantragen.

Die Gemeindevertretung muß dann über dessen Zulässigkeit entscheiden, kann diese aber bei Einhaltung aller formalrechtlicher Voraussetzungen eigentlich nicht verweigern.

Der Bürgerentscheid schließlich muß gleich zwei-

mal erfolgreich sein, um durchzukommen: Zunächst muß er bei der Wahl eine Mehrheit unter denjenigen finden, die sich daran beteiligen. Und dann muß diese Mehrheit mindestens 25 Prozent der Wahlberechtigten ausmachen. In Malsfeld wären das 797 Bürgerinnen und Bürger.

Ist der Bürgerentscheid erfolgreich, hat er die Kraft einer endgültigen Entscheidung. Der Parlamentsbeschluß vom 27. Juni wäre damit aufgehoben und dürfte frühestens nach drei Jahren wieder zur Abstimmung gestellt werden. Scheitert der Bürgerentscheid, muß sich das Parlament erneut mit der Angelegenheit befassen. Vor dem Hintergrund des Urnenganges kann es dann seinen alten Beschluß bestätigen oder aber auch aufheben.

Im Kreisteil Melsungen hat es bisher erst einmal Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gegeben: Am 27. März scheiterten die Gegner einer großen Fußgängerzone. 44 Stimmen fehlten ihnen am Ende, heute wird die Fußgängerzone für 1,7 Millionen Mark ausgebaut. (tom)

# Klare Mehrheit für Konzept

Zum ersten Mal hat sich das Parlament Melsungen mit dem Gewerbegebiet Ostheim und dem möglichen neuen Autobahnanschluß beschäftigt. Dem Projekt wurde zugestimmt, der Magistrat soll weiter verhandeln.

**MELSUNGEN** ■ Mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP bei Ablehnung durch Bündnis 90/Die Grünen hat das Melsunger Parlament dem kommunalen Entwicklungskonzept „Mittleres Fuldatal“ zugestimmt. Die Ausweisung eines gemeinsamen Gewerbegebietes durch die Kommunen des Kreisteils Melsungen wird befürwortet. Gleichzeitig wird der Bau eines Autobahnzubringers zwischen der B 83 und der A 7 bei Ostheim einschließlich eines neuen Anschlusses begrüßt, dem dafür erforderlichen Planergänzungsverfahren zum regionalen Raumordnungsplan Nordhessen zugestimmt. Der Magistrat wurde mit entsprechenden Verhandlungen beauftragt.

Für die Grünen hatte Fraktionsvorsitzender Jochen Böhme-Gingold die Ablehnung des Vorhabens begründet. Es gebe bereits heute ein Überangebot an ausgewiesenen Gewerbeflächen in den Kommunen der Nachbarschaft, erklärte Böhme-Gingold und nannte Zahlen, die wenig später von SPD-Sprecher Volker Wagner als

völlig überaltert und falsch zurückgewiesen wurden.

## „Wahnsinnsprojekt“

Böhme-Gingold sah keine zwingenden Gründe, bei Ostheim ein neues Gewerbegebiet auszuweisen. Ein neuer Autobahnanschluß nebst Zubringer würde nur neuen Verkehr schaffen, ohne Melsungen wirklich zu entlasten. Sowohl die Variante Ostheim wie auch die Teilumgehung Melsungen stellen erhebliche Eingriffe in die Natur dar. Sie miteinander zu vergleichen wäre so, als müßte man zwischen den Alternativen „Pest und Cholera“ wählen. Das ganze „Wahnsinnsprojekt“ sei eine „wackelige Konstruktion“, die ohnehin bei einem erfolgreichen Bürgerbegehren in Malsfeld „auf dem Müll-eimer der Geschichte“ landen würde. Diese Aussage wurde von Bürgermeister Dietzel mit dem Zwischenruf: „Stimmt nicht!“ quittiert.

## „Optimales Gebiet“

Zu einer völlig entgegengesetzten Einschätzung kam Volker Wagner für die Sozialdemokraten. Bei Ostheim stünden 40 Hektar „optimales Gewerbegebiet“ zur Verfügung, sagte er. Preiswerte Flächen mit guten Straßen- und Schienenanbindungen (Containerbahnhof) und gut ausgebildete Arbeitskräfte in der Region sprächen für ein überregionales Gewerbegebiet, das in dieser

Qualität von einzelnen Kommunen gar nicht bereitgestellt werden könne. Die hohe Arbeitslosenquote erfordere rasches Handeln, um im Wettbewerb der Regionen erfolgreich sein zu können. Den Grünen warf Wagner vor, „das Primat der Ökologie als einziges Handlungskriterium“ zu nehmen, „meist aus der gesicherten Beamtenposition“.

Ökologie aber sei nur durch Ökonomie zu finanzieren. Die Grünen hantierten bei der Nennung angeblich freier Gewerbeflächen mit falschen Zahlen. Tatsächlich, so rechnete Wagner vor, gebe es kein Überangebot, seien die noch vorhandenen Flächen fast überall schon vergeben. Ein Autobahnanschluß sei zwar für das Vorhaben förderlich, aber nicht zwingend.

## Verkehrsentslastung

Ebenso wie Wagner versprach sich auch CDU-Sprecher Hans-Dieter Altstadt eine Verkehrsentslastung für Melsungen. Das Gebiet nahe an Autobahn und Containerbahnhof sei ein „vielversprechendes Konzept“. Die Kommunen dürften jetzt nicht die Hände in den Schoß legen, weil sonst heimische Betriebe wegen fehlender Erweiterungsflächen abwandern könnten. Altstadt rief das Parlament zu einer geschlossenen Haltung in diesen Fragen auf. Nicht noch einmal dürfe - wie damals bei der Umgehung Melsungens - eine

Verkehrsentslastung an einer zerstrittenen Haltung in der Stadt scheitern.

## „Totalblockade“

Die Grünen böten zum Konzept keine Alternative. Altstadt: „Sie handeln wie die Bebraer Bauern vor 100 Jahren, die mit Mistgabeln gegen die Eisenbahn vorgegangen sind.“

Auch Gerhard Nießner (FDP) kritisierte die „Totalblockade“ der Grünen. Die handelten, als wäre der Mensch ein Ökoshädling, dessen Ausbreitung es zu verhindern gelte.

Die Grenzöffnung und das Zusammenwachsen Europas stellten neue Herausforderungen, auf die auch die Region Melsungen reagieren müsse, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Das könne nicht jede Kommune für sich allein schaffen, sondern erfordere eine gemeinsame Kraftanstrengung aller.

## Widerstand ernst nehmen

Die Widerstände in Malsfeld werde man nicht auf die leichte Schulter nehmen, sagte Nießner. Man müsse aber aufzeigen, daß ein Einfrieren des heutigen Zustandes einen schmerzhaften Rückschritt für alle zur Folge habe. Die Einsprüche der Malsfelder gegen das Entwicklungskonzept „Mittleres Fuldatal“ sollten genutzt werden, um eine für alle verträgliche Lösung zu finden.

HNA 3.8.96

# Melsungen

## GEWERBEGEBIET

# FDP begrüßt Begehren

### MELSUNGEN/MALSFELD ■

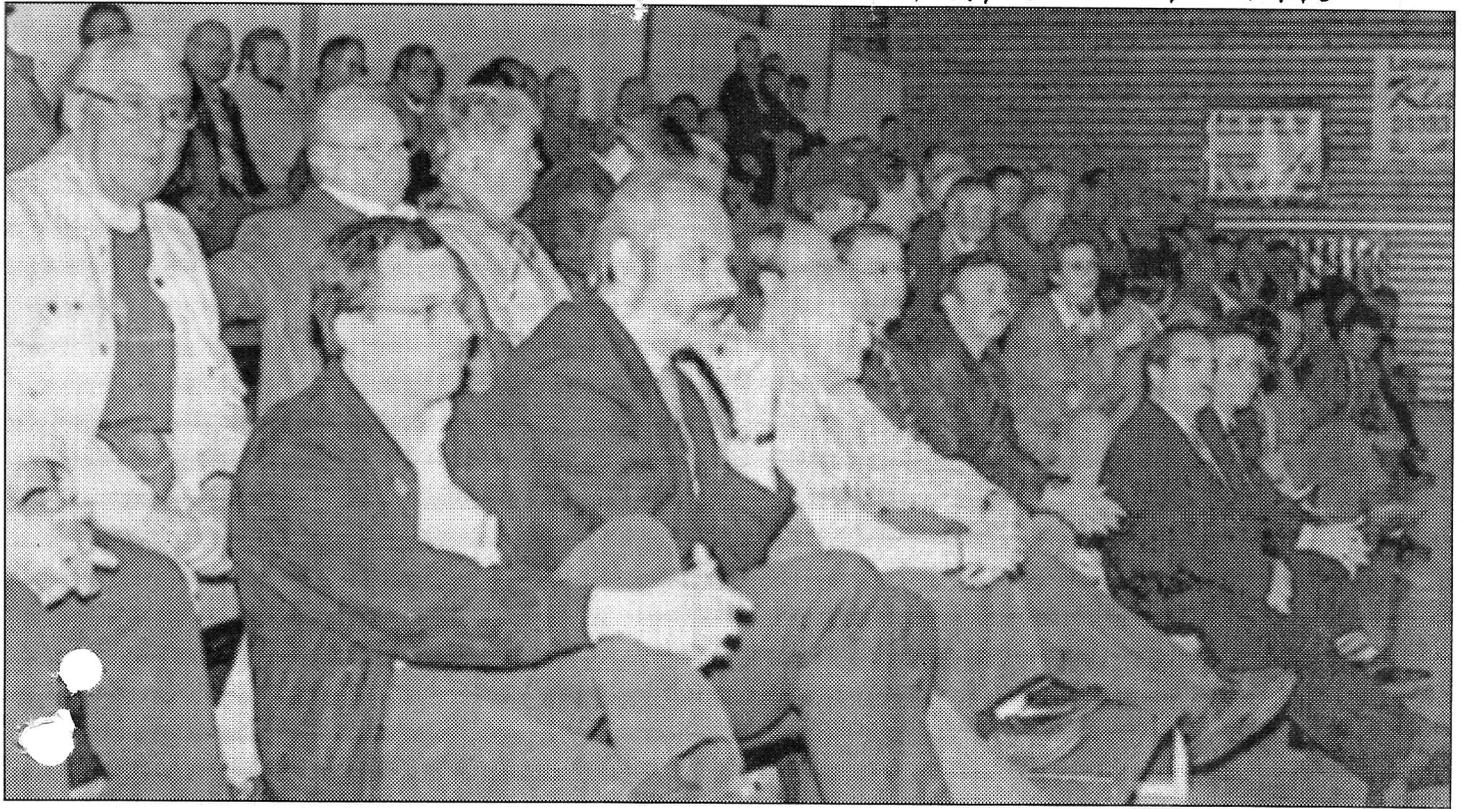
Der FDP-Kreisverband begrüßt die Initiative der Oppositionsparteien in Malsfeld, durch ein Bürgerbegehren der Bevölkerung die Möglichkeit zur Abstimmung über ein Gewerbegebiet bei Ostheim zu geben. Nun komme es darauf an, der stimmberechtigten Bevölkerung von Malsfeld die Bedeutung dieser Entscheidung bewußt zu machen, erklärte Kreisvorsitzender Peter Klufmöller gegenüber der HNA.

Klufmöller erinnerte daran, daß seinerzeit SPD, CDU, FDP

und FWG im Kreistag für das gemeinsame Industriegebiet der Kommunen im Kreisteil Melsungen wichtige Beschlüsse gefaßt hätten. Mit Ausnahme der Grünen habe darüber breite Übereinstimmung geherrscht.

Gegenüber Malsfelds Bürgermeister Kurt Stöhr habe er sich dafür ausgesprochen, den Bürgerentscheid möglichst bald zu organisieren, damit keine Verzögerung in den weiteren Planungen auftrete und das Thema nicht in den Kommunalwahlkampf hineingezogen werde.

(tom)



Konzentriert verfolgten die Teilnehmer der Bürgerversammlung die Diskussionsbeiträge zum Ostheimer Gewerbegebiet.

(Foto: Koch)

## GEWERBEGEBIET

# Debatte über Für und Wider

Sachlich bis lautstark äußerten Teilnehmer einer Informationsveranstaltung ihre Meinung zum Gewerbegebiet und zum Autobahnzubringer Ostheim.

**OSTHEIM** ■ Es ging streckenweise hoch her in der Hochlandhalle: Bei einer Podiumsdiskussion im Vorfeld der für den 17. November geplanten

### VON IMKE KOCH

Abstimmung über das Ostheimer Gewerbegebiet debattierten Befürworter und Gegner am Montagabend zwei Stunden lang - streckenweise sachlich, teilweise lautstark. Auf dem Podium saßen ausschließlich Befürworter des Gewerbegebiets samt Autobahnzubringer, die 160 Zuhörer waren gespalten in eine Pro- und eine Contra-Fraktion.

Deren Positionen wurden zum ruhigen Beginn von den Vertretern der verschiedenen Malsfelder Parteien wiedergegeben. Im Zentrum stand dabei eine Ortsumgehung für Ostheim. Klaus Rehs von der CDU forderte, sie müsse in das Konzept aufgenommen werden. Ansonsten habe Malsfeld eine ausreichende Verkehrsinfrastruktur. Ein Zubringer dagegen würde 20 000 Fahrzeuge täglich und schlechte Luft beim vorherrschenden Westwind bedeuten.

Lothar Kothe von der Gemeinschaftsliste Hochland machte in Sachen Gewerbegebiet „viele Unsicherheitsfaktoren“ aus: „Hier fehlt die Infrastruktur, und ein Bedarf ist nicht gegeben.“ Für einen Autobahnanschluß sah er grau: Ostheim sei ein „Nebelloch“. Und er fragte sich, wo das Geld für den Anschluß herkommen solle: „Die Mittel fehlen in Bund, Land und Kreis.“

Gerhard Weber von der SPD warb für das Gewerbegebiet samt Zubringer unter dem Aspekt der wohnortnahen Arbeitsplätze: „Die Menschen aus unserer Region müssen zum Arbeiten verreisen. Das belastet die Familien, die Straßen und die Umwelt.“ Darüber hinaus würden durch das Gewerbegebiet die Fuldaauen geschont. Und einige Straßen innerhalb der Ortsteile könnten zurückgebaut werden.

Auch Bürgermeister Kurt Stöhr plädierte für das Gewerbegebiet: Der Bürgerentscheid sei „eine einmalige Chance, zu einem zukunftsweisenden Projekt ja zu sagen - oder es zu verpassen“.

### Eklat

Die Anwesenden sagten allerdings nur zum Teil „ja“ zu dem Projekt. Gleich zum Anfang der als Diskussionsrunde bezeichneten Fragestunde sorgte ein wütender Bürger für einen Eklat: „Sie haben hier schon einmal gelogen“, be-

schuldigte er Reiner Böhm vom Amt für Straßen- und Verkehrswesen Kassel im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Umweltverträglichkeitsstudie. Der aber ließ sich nicht provozieren, informierte über das Ergebnis der an die Fraktionen im Malsfelder Parlament verteilten Studie: „Der Anschluß ist eine Entlastung für die Ortsteile. Insgesamt gibt es weniger Schadstoffausstoße im Straßennetz.“

### „Zentrale Lage“

Ein Mosheimer wollte wissen, wie die Entwicklungsmöglichkeiten des Gewerbegebiets einzuschätzen seien und ob der Autobahnzubringer zeitgleich mit der Ortsumgehung Ostheim gebaut würde. Auf die erste Frage antwortete ihm Peter Heyde von der Industrie- und Handelskammer (IHK) Kassel. Er hob die „einmalige zentrale Lage“ von Nordhessen hervor, die gerade für kleine und mittlere Unternehmen eine Chance sei. Und Herbert Renftel, Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft, drängte zur Eile: „Wenn nicht bald eine Entscheidung getroffen wird, ist der Zug abgefahren.“

Auf Frage zwei antwortete Bürgermeister Stöhr: „Ich habe den Bundesverkehrsminister gefragt. Und der hat mir gesagt, daß es keinen Zubringer ohne Ortsumgehung geben werde.“ Ansonsten würden man eins nach dem anderen machen, „wie beim Klößeessen“: zuerst

das Baurecht schaffen, dann die Trassenführung festlegen und zum Schluß über die Finanzierung nachdenken.

„Bringt das Gewerbegebiet konkret Arbeitsplätze?“ wollte Dr. Johannes Heyn von der Gemeinschaftsliste Hochland wissen. Und er wollte Namen von Interessenten erfahren, die Bürgermeister Stöhr zuvor ins Feld geführt hatte. So konkret wollte der aber dann doch nicht werden: „Aber wenn Sie die Fulda aufwärts und abwärts gucken, dann werden Sie neue Betriebe sehen, die auch bei uns hätten stehen können.“

„Wieso sind die Herren auf dem Podium nur positiv und nicht ein bißchen kritisch?“ wollte ein weiterer Zuschauer wissen. Er las aus einer Fachzeitschrift vor: „In Nordhessen übersteigt das Angebot an Gewerbegebiet bereits die Nachfrage.“ Dazu meinte Hans-Georg Korell, Leiter des Amts für Wirtschaftsförderung im Kreis, die besondere Qualität des Malsfelder Gewerbegebietes entstehe erst durch dessen Anschluß an die Autobahn und den Containerbahnhof.

### Biokompostierung

Zum Schluß warf CDU-Mann Rehs das Gerücht, die Biokompostierungsanlage solle nach Malsfeld kommen, in die Debatte. Das paßte dem Bürgermeister nicht: „So ein Blödsinn!“ Und Korell meinte: „Das ist absurd, da besteht kein Zusammenhang!“

BÜRGERENTSCHEID

18.11.96

# Mehrheit votierte für Gewerbegebiet

**MALSFELD** ■ Die Malsfelder haben sich in einem Bürgerentscheid mehrheitlich für die Planung eines Gewerbegebiets im Ortsteil Ostheim ausgesprochen. Von den 3186 Stimmberechtigten gingen 2192 (68,8 Prozent) zur Wahl. 1159 (53,26 Prozent) entschieden sich für ein Gewerbegebiet, 1017 (46,73 Prozent) waren dagegen. Mit der Planung des Gewerbegebiets ist der Bau eines Autobahnzubringers von der A 7 aus verquickt. Auf dem Gelände wollen auch Melsungen, Spangenberg und Morschen Gewerbe ansiedeln.

Der Bürgerentscheid war von den oppositionellen Fraktionen CDU, FWG und Gemeinschaftsliste Hochland angestrebt worden, nachdem in einer Gemeindevertreterversammlung mit einer SPD-Mehrheit von zwei Stimmen für das Gewerbegebiet votiert worden war. Die Initiatoren des Entscheids begründeten diesen mit der mangelnden Information von Gemeindevertretern und Bür-

gern vor der Entscheidung im Parlament und mit der Wichtigkeit des Projekts für die Gemeinde. Sie zweifeln an den Erfolgsaussichten eines Gewerbegebiets in Ostheim und befürchten eine Beeinträchtigung der Lebensqualität in den vom Autobahnzubringer betroffenen Ortsteilen. Die Befürworter argumentieren mit der Schaffung von wohnortnahen Arbeitsplätzen, und sie erhoffen sich eine Ortsumgehung für Ostheim, wenn der Autobahnzubringer gebaut wird. (iko)

Anzeige

## 900 Parkplätze

FRIEDRICHSPLATZ

mit der PARK-CARD

mitten in der City Kassel



■ 2 DM pro Std.

GEWERBEGEBIET 21.11.96

# IHK: Jetzt zügig handeln

**MALSFELD** ■ Das Abstimmungsergebnis beim Bürgerentscheid in Malsfeld über das Gewerbegebiet Ostheim sei ein positives Signal für die gesamte Region. Das meint der Regionalausschuß Schwalm-Eder der Industrie- und Handelskammer (IHK) Kassel.

Jetzt müßten die Gemeinde Malsfeld, der Schwalm-Eder-Kreis und das Regierungspräsidium zusammenwirken, damit das eingeleitete Ergänzungsverfahren zum regionalen Raumordnungsplan Nordhessen rasch abgeschlossen und

die weiteren Schritte ebenso rasch eingeleitet werden könnten.

Soweit die Wirtschaft bei diesem Prozeß mithelfen könne, werde sie dies tun, verspricht die IHK. Regionalpolitisch von besonderer Bedeutung sei die Zusammenarbeit der Städte und Gemeinden Malsfeld, Melsungen, Morschen und Spangenberg. Auch diese „beispielhafte Kooperation“ werde, wie ein Sprecher des Ausschusses betonte, von der Wirtschaft nachdrücklich unterstützt. (nh)

REGIERUNGSPRÄSIDENT

HNA v. 28.11.96

# Hilgen begrüßt Gewerbegebiet bei Ostheim

**OSTHEIM / MELSUNGEN** ■ Bei seiner Reise durch den Schwalm-Eder-Kreis hat Regierungspräsident Bertram Hilgen sich auch das künftige Gewerbegebiet bei Ostheim angesehen. Er begrüße diese Projekt aus mehreren Aspekten, sagte er bei der Abschluß-

besprechung in Melsungen: Es handele sich um Flächen für Gewerbe, das nur schwer anderswo anzusiedeln sei. Es sei eine beispielhafte Kooperation von Städten und Gemeinden, wenn es so werde wie geplant. Die neue Straßenanbindung stelle eine Entlastung für die

Bevölkerung dar.

Im Regierungspräsidium werde an der beantragten Ergänzung zum Regionalen Raumordnungsplan Nordhessen gearbeitet, in etwa 14 Tagen beginne die Anhörung.

Bei seiner Rundreise, die er künftig in jedem Jahr einmal

machen will, besichtigte Hilgen auch einen heimischen Betrieb. Ausgewählt worden war die Malsfelder „Wildsbergquelle“, der viertgrößten Abfüllbetrieb dieser Art in der Bundesrepublik, wie Landrat Jürgen Hasheider hervorhob.

(bmn)

GEWERBEGEBIET OSTHEIM

12.12.96

# Land würde Erschließung fördern

Das Land Hessen würde sich an der Erschließung eines Gewerbegebietes bei Ostheim finanziell beteiligen. Diese Aussage machte Dr. Stark vom Wirtschaftsministerium beim Bürgergespräch der Melsunger SPD.

**MELSUNGEN** ■ Das Land Hessen würde sich bei der Erschließung eines gemeinsamen Gewerbegebietes von Kommunen im Kreisteil Melsungen an der Autobahn bei Ostheim finanziell beteiligen, weil das Vorhaben als richtungsweisend positiv eingeschätzt wird. Diese Aussage machte Dr. Dieter Stark vom Hessischen Wirtschaftsministerium beim 5.

Bürgergespräch der Melsunger SPD am Montag in der VR-Bank.

Unter der Diskussionsleitung von Helmut Feußner von der Wohnungsbaugesellschaft Hessen hatten Professor Christian Kopetzki, Stadtplaner an der GhK, Peter Heyde von der IHK-Kassel, Andreas Fischer vom Melsunger Einzelhandelsverband, Dr. Stark und Bürgermeister Dietzel über die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt diskutiert. Auch die rund 50 Besucher der Veranstaltung beteiligten sich an der Diskussion.

IHK-Sprecher Heyde bezeichnete das Gewerbegebiet Ostheim als „die große Chance für den Bereich Melsungen in den kommenden Jahrzehnten“. Es sei als „sensationell“ zu be-

werten, daß mit Melsungen, Spangenberg, Malsfeld, Morschen und vermutlich bald auch Felsberg fünf Kommunen die „Fixierung auf den eigenen Kirchturm“ überwinden und gemeinsam handeln wollten. Das verkehrsgünstig in der Mitte Deutschlands gelegene Gelände biete hervorragende Ansiedlungsmöglichkeiten für neue Unternehmen, meinte Heyde.

Auch Professor Kopetzki bezeichnete die Pläne als „äußerst vernünftig“, weil jede einzelne Kommune allein nicht in der Lage sei, ein solches Vorhaben zu realisieren.

Bürgermeister Dietzel kündigte an, daß das Gewerbegebiet bis Mitte 1997 in den Regionalen Raumordnungsplan aufgenommen werde. Nachdem

sich der Bund grundsätzlich bereit erklärt habe, einen neuen Autobahnanschluß bei Ostheim zu finanzieren, müsse nun lediglich noch geklärt werden, wer für die Bezahlung des Baus eines Autobahnzubringers von der B 83 zur A 7 zuständig ist.

Für die Stadt Melsungen sei aber der Faktor Zeit besonders wichtig. Wenn die beiden vorliegenden Anfragen von Unternehmen nach Gewerbeflächen auf den Pfieffewiesen befriedigt würden, stünden der Stadt keine weiteren Bereiche für diesen Zweck mehr zur Verfügung. Denkbar sei, daß dann ein Teilbereich des geplanten Gewerbegebietes am Buschberg nahe der Pfieffewiesen doch noch erschlossen werden müsse, erklärte der Bürgermeister.

(tom)